

Politischer Jahresbericht

Südliches Afrika 2006/2007



Kapstadt

Regionalbüro Südliches Afrika, Juli 2005-Juli 2006

Dr. Antonie Nord

Heinrich-Böll-Stiftung
Regionalbüro Südliches Afrika
The Avalon Building I
123 Hope Street
Gardens, 8001
Cape Town, South Africa
Leitung: Dr. Antonie Nord
Fon: +27 - (0)21 - 461 6266
E-Mail: info@boell.org.za
Homepage: <http://www.boell.org.za>

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Regionalbericht Südliches Afrika.....	2
2. Länderbericht Südafrika.....	3
3. Länderbericht Simbabwe.....	9
4. Länderbericht Namibia.....	12
Ausblick	15

Zusammenfassung

Trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums hat sich die sozio-ökonomische Lage für die Mehrheit der Südafrikaner noch nicht grundlegend verbessert. Zwar wurden Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitsbereich erzielt, aber nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit mit offiziellen 25% sehr hoch und die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich sind nach Brasilien die größten weltweit. Zu den drängendsten sozialen Problemen des Landes zählen die starke Ausbreitung von HIV/Aids und die hohe Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft. Die Regierung Mbeki neigt dazu, gesellschaftliche Probleme zu spät als solche zu erkennen und darauf zu reagieren: So setzt sie ihre Strategien zur Verbesserung des Lebensstandards einkommensschwacher Südafrikaner und zur Bekämpfung von Problemen wie HIV/Aids oft zu schleppend um. Auch Kritik aus den eigenen Reihen oder vom politischen Gegner wird von der ANC-Spitze häufig ignoriert. Die weitere Entwicklung Südafrikas und seiner Demokratie wird entscheidend davon abhängen, wer nächster ANC-Präsident und damit höchst wahrscheinlich 2009 Staatspräsident werden wird.

In Simbabwe hat sich die Situation so zugespitzt, dass viele Beobachter von einem baldigen Zusammenbruch des Regimes ausgehen. Mit einer Inflation von 4000 Prozent und einer Arbeitslosigkeit von 80 Prozent kämpft die Bevölkerung täglich ums Überleben. Immer mehr Simbabweer verlassen das Land. Die Menschenrechtssituation hat sich 2007 noch weiter verschlechtert. Hunderte Gegner des Regimes sitzen ohne Anklage im Gefängnis, viele von ihnen werden gefoltert.

In Namibia hingegen hat sich die politische Situation nach der Machtübernahme von Präsident Pohamba verbessert. Presse und Zivilgesellschaft begrüßen die neue Offenheit der Regierung und ihre Bemühungen, in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Der zukünftige Reformkurs der Regierung und die Bekämpfung von Vetternwirtschaft und Korruption werden entscheidend davon abhängen, ob sich die reformorientierten Kräfte innerhalb der regierenden SWAPO durchsetzen können.

1. Regionalbericht Südliches Afrika

Legt man als Definition des „Südlichen Afrika“ die Mitgliedstaaten der SADC zugrunde (Southern African Development Community), dann handelt es sich bei der Region um eine sehr heterogene Gruppe von 14 Staaten¹. Da die Heinrich-Böll-Stiftung sich in ihrem Regionalbüro „Südliches Afrika“ auf Aktivitäten in den Ländern Südafrika, Simbabwe und Namibia beschränkt, soll in diesem Abschnitt lediglich ein stichwortartiger Überblick über wichtige Entwicklungen in der SADC-Region gegeben werden.

Der Demokratisierungsprozess ist im Südlichen Afrika sehr unterschiedlich weit fortgeschritten. Während es eine wachsende Zahl

relativ stabiler Demokratien gibt (z.B. Mauritius, Südafrika, Namibia, Mosambik, Tansania), befinden sich andere Staaten in einer Post-Konflikt-Situation (Angola) oder in einem sehr fragilen Friedensprozess, in dem es immer wieder zu Ausbrüchen von Gewalt kommt (Demokratische Republik Kongo).

Der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung ist extrem unterschiedlich innerhalb der SADC. Südafrika dominiert nach wie vor den gesamten Wirtschaftsraum: 75% des Bruttosozialprodukts der SADC wird in Südafrika erwirtschaftet. 80% des Handels der Länder der Region findet mit Südafrika statt. Knapp 50% der Investitionen werden von südafrikanischen Unternehmen getätigt². Diese ökonomische Dominanz Südafrikas ruft bei den anderen Staaten der Region die Sorge hervor, dass eine weitere ökonomi-

¹ Angola, Botswana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland und Tansania.

² Vgl. DFID: Southern Africa: Regional Plan, 2006, World Bank: Africa Database 2005

sche Integration auf ihre Kosten gehen könnte. Daher stocken die Prozesse zur Umsetzung der für 2008 geplanten Freihandelszone sowie der Zollunion, nach der 2010 innerhalb der SADC die Zollschranken für den Handel wegfallen würden³.

Die Simbabwe-Krise wirkt sich destabilisierend auf die gesamte Region aus. Rund vier Millionen Simbabweer haben bisher das Land verlassen, die meisten davon sind nach Südafrika geflüchtet, viele jedoch auch nach Botswana und Mosambik. Im Hinblick auf eine mögliche Lösungsstrategie der momentanen politischen Situation in Simbabwe haben sich die SADC-Mitgliedsstaaten bisher weitgehend passiv verhalten. Allerdings fand nach einer weiteren Verschlechterung der Menschenrechtslage in Simbabwe im März 2007 ein außerordentliches Treffen der SADC-Mitgliedsländer in Tansania statt. Wenngleich es offiziell keine politische Verurteilung oder Distanzierung von Präsident Robert Mugabe gab, wurde mit Thabo Mbeki zum ersten Mal ein Vermittler in dem Konflikt beauftragt.

Das Südliche Afrika hat die höchste HIV/AIDS-Infektionsrate der Welt. Nach UNAIDS sind durchschnittlich rund 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der Region infiziert. Auch hier gibt es regional allerdings extreme Unterschiede mit einer sehr geringen Infektionsrate in Mauritius und einer sehr hohen in Swasiland, Südafrika und Namibia. Bereits 2002 lebten nach UNAIDS ca. 5 Millionen Aidswaisen in der Region. Durch das erhöhte Ansteckungsrisiko liegt die Infektionsrate bei jungen Frauen im Südlichen Afrika vier Mal höher als bei jungen Männern. Während in einigen Ländern eine Trendwende stattgefunden hat und die Zahl der Neuinfektionen sinkt, zeigen neuere Statistiken aus andern Ländern, dass sich die Anzahl der jährlich neu Infizierten kaum oder gar nicht verändert (dazu zählt nach einer 2007 veröffentlichten Studie beispielsweise Namibia).

Wissenschaftler sagen voraus, dass der Klimawandel für das Südliche Afrika wie für die Sahel Zone besonders schwerwiegende Auswirkungen haben wird⁴. Der letzte UN-Bericht des IPPC (Intergovernmental Panel on Climate Change) hält fest, dass schon heute im Südlichen Afrika 0,2 bis 1 Grad höhere Durchschnittstemperaturen gemessen werden. In einer Region, die bereits jetzt unter Wasserknappheit leidet, wird eine weitere Erwärmung und eine damit einhergehende zunehmende Trockenheit direkte Folgen

für die Nahrungsmittelproduktion haben. Bereits jetzt ist Nahrungsmittelknappheit in der Hälfte der SADC-Staaten ein Problem, in diesen Ländern lebt der höchste Anteil an Menschen in Afrika, die unter Hunger und Mangelernährung leiden⁵. Eine zunehmende Erwärmung wird außerdem die Ausbreitung von Malaria im Südlichen Afrika verstärken.

Insgesamt hat sich die politische Stabilität der Region verbessert. Jahrzehntelange Konflikte wie die Bürgerkriege in Angola und Mosambik konnten beigelegt werden. Es existiert jedoch weiterhin Konfliktpotential durch knapper werdende Ressourcen wie Wasser oder um die Kontrolle von Bodenschätzen wie Diamanten, Öl oder Holz. Die größte Bedrohung für die Stabilität in der Region ist jedoch die derzeitige Lage in Simbabwe. Falls es in den nächsten Monaten nicht zu einem verhandelten Übergang zu einer demokratischen Regierung kommt, besteht die Gefahr, dass in dem Land ein bewaffneter Konflikt ausbricht.

2. Länderbericht Südafrika

Ein Thema dominiert besonders die politischen Debatten in Südafrika im Jahr 2007: Die Frage, wer Thabo Mbekis Nachfolger als ANC-Präsident und damit mit großer Wahrscheinlichkeit 2009 nächster Präsident Südafrikas werden wird. Der Ausgang der Wahl, die im Dezember 2007 auf dem Nationalkongress des ANC stattfinden wird, ist zur Jahresmitte völlig offen. Fast täglich wird in südafrikanischen Zeitungen über die Chancen der verschiedenen Kandidaten und ihrer politischen Lager spekuliert. Das große Interesse der Öffentlichkeit an der Nachfolgedebatte hat verschiedene Gründe. Zum einen entzündet sich an ihr ein politischer Richtungsstreit innerhalb des ANC um die Frage, ob dieser sich zu weit von seinem Ursprung als linke Befreiungsbewegung entfernt hat oder nicht. Die Kontroverse verläuft verinfacht formuliert zwischen einem als wirtschaftsnah bezeichneten Mbeki-Flügel und einem eher gewerkschaftsnahen Flügel, der den Vizepräsidenten des ANC, Jacob Zuma, unterstützt. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie die massiven sozialen Probleme des Landes, insbesondere Armut und Arbeitslosigkeit, gelöst werden können. Die Wirtschaftspolitik der ANC-Regierung, die mit durchschnittlichen Wachstumszahlen von knapp 5% in den letzten drei Jahren (vgl. EIU 2007) durchaus

³ Vgl. Christian von Soest und Julia Scheller: Regionale Integration im südlichen Afrika: Wohin steuert die SADC? In: Giga Focus Nr. 10, 2006

⁴ Vgl. Z.B. Africa: Up in Smoke 2: The Second Report on Africa and Global Warming from the Working Group on Climate Change and Development, October 2006

⁵ Es sind die DRC, Angola, Mosambik, Sambia, Tansania und Simbabwe. Allerdings ist die Ursache für die Nahrungsmittelknappheit in der DRC und in Simbabwe in erster Linie politisches Missmanagement.

Erfolge vorweisen kann, hat an der hohen Arbeitslosigkeit und den massiven Einkommensunterschieden des Landes bisher kaum etwas geändert.

Ein zweiter Grund für das große Interesse an der Nachfolgedebatte liegt darin, dass Jacob Zuma - Hauptkontrahent von Thabo Mbeki wegen mehrerer politischer Skandale höchst umstritten ist. Während der Vergewaltigungsprozess, durch den der Politiker international Aufsehen erregt hatte, mangels Beweisen 2006 mit einem Freispruch endete, sind die Verfahren wegen Korruption gegen Zuma Mitte 2007 immer noch anhängig. Nichtsdestotrotz wird Zuma nach wie vor von verschiedenen Gruppierungen innerhalb des ANC unterstützt – insbesondere von Kräften, die sich mehr Einfluss der ethnischen Gruppe der Zulu innerhalb der Partei wünschen. Drittens ist die Wahl des Mbeki-Nachfolgers interessant, weil dies die erste Wahl eines ANC-Präsidenten im demokratischen Südafrika ist, bei der es keinen quasi „natürlichen“ Nachfolger des aktuellen Amtsinhabers gibt. Mbeki selbst, stand in den Augen der Öffentlichkeit als politischer Ziehsohn Mandelas lange vor seiner Wahl als neuer ANC- und Staatspräsident fest. Noch ist nicht klar, ob Mbeki im Laufe des Jahres eine eindeutige Empfehlung für einen Kandidaten oder eine Kandidatin aussprechen oder tatsächlich selbst ein drittes Mal für das Parteiamt kandidieren wird (als Staatspräsident kann er laut Verfassung nicht noch einmal gewählt werden). Im Juli hat er seine Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur verkündet, was in der Öffentlichkeit ein eher negatives Echo hervorgerufen hat. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Mbeki sich für die derzeitige Vize-Staatspräsidentin Phumzile Mlambo-Nguka einsetzen wird, wobei sie nach Meinung von ANC-Insidern über zu wenig Unterstützung an der Parteibasis verfügt, um gewählt zu werden. Wahrscheinlicher ist, dass die Wahl auf einen Kompromisskandidaten fällt, der von beiden Lagern akzeptiert werden kann.

Die Heftigkeit der Debatte um die oder den geeigneten Präsidentschaftskandidaten ist ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit an der ANC-Basis und bei Teilen der ANC-Wähler mit der derzeitigen Politik der Parteiführung. Das mag angesichts der überragenden Wahlergebnisse, die die Partei in allen vergangenen Wahlen erreicht hat⁶, zunächst überraschen. Obwohl es für die Mehrheit der Bevölkerung keine Alternative zum ANC als regierender Partei gibt und die Regierung als solches ein hohes Ansehen genießt⁷, sind große Teile der Bevölkerung mit der aktuellen Poli-

tik des ANC nicht zufrieden. Dies drückt sich z.B. in Demonstrationen und Protestmärschen aus, die vor allem in den armen Townships Südafrikas stattfinden und häufig eskalieren. Im Juni 2007 hat zudem ein vier Wochen andauernder, landesweiter Streik des öffentlichen Sektors zur Schließung von Schulen und Krankenhäusern geführt sowie die Müllabfuhr und Teile des Transportsystems lahm gelegt. Die Unnachgiebigkeit der Gewerkschaften in diesem Streik, die sehr lange auf der Forderung von 12% Lohnerhöhung bestanden, während landesweit Schüler ihre Abschlussexamen verpassten und Kranke keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hatten, wurde von vielen auch als Machtprobe zwischen dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der ANC-Führung interpretiert. Erst als einige Gewerkschaften, wie die der Angestellten im Gesundheitssektor, öffentlich Kritik an der Haltung von COSATU übten und die Sorge äußerten, der Streik werde für andere politische Zwecke instrumentalisiert, konnte eine Einigung auf 7,5% Lohnerhöhung erreicht werden.

Eine Ursache für die Unzufriedenheit der „left-wing allies“ ist die verbreitete Wahrnehmung, dass die Regierung sich zu sehr um das „big business“ und zu wenig um die Bekämpfung der Armut kümmern würde. Tatsächlich laufen viele Programme und Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards der im Apartheidssystem benachteiligten Bevölkerungsgruppen nur schleppend an oder verzögern sich. Paradox ist, dass gleichzeitig viele „Government Departments“ unter Schwierigkeiten haben, ihre Haushaltsmittel zu verausgaben. Es mangelt offensichtlich weniger an Geld als vielmehr an Implementierungskapazitäten und qualifiziertem Personal. Allerdings gibt es durchaus auch Erfolge zu verzeichnen, z.B. bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser⁸ oder im sozialen Wohnungsbau. Zudem hat der Präsident angesichts der komfortablen Haushaltslage von 0,3% Überschuss (2006/7) zusätzliche Investitionen des Staates angekündigt. Neben den für die Fußballweltmeisterschaft bis 2010 benötigten großen Infrastrukturprojekten sollen die zusätzlichen Einnahmen vor allem für Investitionen im sozialen Bereich eingesetzt werden.

Selbstverständlich kann die Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Situation Südafrikas je nach Betrachter und Blickwinkel sehr unterschiedlich ausfallen. Im Folgenden werden die wichtigsten Problemfelder, in denen von der Regierung Verbesserungen erwartet werden, dargestellt.

⁶ 2004 hat der ANC bei den „general elections“ knapp 70% der Stimmen gewonnen, 2006 errang er bei landesweiten Kommunalwahlen rund 66% der Stimmen.

⁷ Vgl. www.worldvaluessurvey.org

⁸ Südafrika hat bereits 2005 das Millenniums-Entwicklungsziel der Vereinten Nationen bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit frischem Trinkwasser erfüllt.

Armut und Arbeitslosigkeit

Südafrika ist noch immer das Land der „two economies in one country“, wie es die ANC-Regierung ausdrückt – in Anlehnung an den Propagandaslogan des Apartheidsregimes „two worlds in one country“.

Ein Teil der Wirtschaft Südafrikas ist auf dem Niveau einer Industrialisation, die mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist und deren Lohnniveau auf dem vergleichbarer „upper-middle-income-countries“, beispielsweise denen in Osteuropa, liegt⁹. Der andere Teil jedoch, dem zwischen 30% und 40% der Bevölkerung zuzurechnen sind, befindet sich außerhalb der formellen Wirtschaft. Das Einkommensniveau der Menschen, die hier beschäftigt sind – sei es als Saisonarbeiter, „domestic worker“ oder in der Subsistenzwirtschaft – entspricht dem anderer afrikanischer Entwicklungsländer – wobei jedoch das Preisniveau, vor allem bei Lebensmitteln, deutlich über dem afrikanischen Durchschnitt liegt. Von den prekären Arbeitsverhältnissen in diesem informellen Bereich sind Frauen in besonderem Maße betroffen. Beispielsweise arbeiten auf vielen kommerziellen Farmen fest angestellte Farmarbeiter, die in der Erntezeit durch deutlich schlechter bezahlte, meist weibliche Saisonarbeiterinnen unterstützt werden.

Der Projektpartner der Stiftung „Women on Farms“ nimmt sich besonders dieser Zielgruppe an und versucht die Situation der Farmarbeiterinnen durch rechtliche Aufklärung und Schulungen zu verbessern¹⁰.

Trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums und rund 300.000 neuen Arbeitsplätzen allein im vergangenen Jahr (2005/6) ist die Belegung des formellen Arbeitsmarktes bisher ausgeblieben. Die Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt strömenden Menschen übersteigt bei weitem das Angebot an Arbeitsplätzen. Die offizielle Arbeitslosenquote ist zwar um 1,5% gesunken, liegt damit aber noch immer bei 25,5% (September 2006)¹¹, führende Forschungs-

institute und Entwicklungsorganisationen gehen nach wie vor von einer inoffiziellen Arbeitslosenquote von bis zu 40% aus¹².

Kriminalität und hohe Gewaltbereitschaft

Südafrika hat nach wie vor eine der höchsten Kriminalitätsraten weltweit. Die offizielle Statistik spricht von 50 Morden und über 550 Raubüberfällen am Tag – wobei die Mordrate in den letzten Jahren erheblich gesunken ist (jedoch mit einem erneuten leichten Anstieg von 3,5% im Zeitraum 2006/7), während Raubüberfälle weiter zunehmen (vgl. Institute for Security Studies: SA Crime Quarterly, December 2006)¹³. Ein großes Problem ist die geschlechterbasierte und sexuelle Gewalt, bei der es wegen der geringen Anzahl der zur Anzeige gebrachten Vorfälle allerdings schwierig ist, Aussagen darüber zu machen, ob hier Verbesserungen erzielt werden oder nicht. Im Jahr 2005 gab es laut Statistik 55 000 Vergewaltigungen (das entspricht 150 zur Anzeige gebrachten Vergewaltigungen am Tag), Experten gehen jedoch davon aus, dass die reale Zahl um ein Neunfaches höher liegt.

2006 und 2007 wurde in der südafrikanischen Presse zunehmend über die unzureichende Verbrechensbekämpfung der Regierung und eine neue „Gewaltwelle“ berichtet. Obwohl sich insgesamt die Zahlen der Kriminalitätsstatistik nicht akut verschlechtert hatten, wuchs der Druck auf die Regierung, das Problem endlich ernsthaft anzugehen. Bis dahin hatten Regierungsmitglieder, einschließlich Präsident Mbeki, die Kriminalität immer wieder bagatellisiert. Sie wurde als ein Problem der Wahrnehmung oder gar als Problem der „Weißen“ dargestellt. Dabei wurde ignoriert, dass die meisten Gewaltverbrechen in den armen Wohnvierteln am Rand der Großstädte verübt werden.

Die Gewalt durch kriminelle Banden hat in einigen „Townships“, wie den „Cape Flats“ bei Kapstadt, dazu geführt, dass Bürgerwehren gegründet wurden, die in einer Art Selbstjustiz wiederum zur Eskalation der Gewalt beitragen. Nachdem die angesehene Wochenzeitung Mail&Guardian Präsident Mbeki als „Leugner“ bezeichnet hatte, der vor diesem Problem, wie in den letzten Jahren vor dem Aidsproblem, die Augen verschleierte, gab es Anfang 2007 eine überraschende Wendung im Umgang der Regierung mit dem

⁹ Das Durchschnittseinkommen in Südafrika liegt bei 10.880 US Dollar pro Kopf (Angabe für 2005, vgl. world development indicators database, World Bank 2007).

¹⁰ Die Landarbeiterinnen befinden sich häufig in einer doppelten Abhängigkeit, weil sie in der Regel Verwandte der Arbeiter sind, die auf der Farm wohnen. Wenn sie ihren Ehemann/Vater etc. verlassen, verlieren sie gleichzeitig ihre Arbeit und ihren Wohnort.

¹¹ Vgl. Statistics South Africa: www.statssa.gov.za

¹² Vgl. Z.B. Department For International Development (DFID): Country Profiles: Africa, South Africa 2007: <http://www.dfid.gov.uk/countries/africa/southafrica.asp>

¹³ (vgl. Institute for Security Studies: SA Crime Quarterly, December 2006. Die Mordrate ist von 67 Morden pro 100.000 Einwohner zwischen 1994/1995 auf 40,5 Morde pro 100.000 Einwohner im Jahr 2006/7 gefallen vgl. <http://www.info.gov.za/issues/crime>)

Thema. Mbeki räumte in seiner Rede zur Lage der Nation im Februar ein, dass Südafrika ein Kriminalitätsproblem habe und betonte, dass die Zahl der Vergewaltigungen und des Kindesmissbrauchs unerträglich hoch seien. Anschließend kündigte er ein umfassendes Maßnahmenpaket an, das unter anderem die Aufstockung der Polizei von 30.000 auf 180.000 Polizisten vorsieht. Ob zu dieser enormen personellen Aufstockung der Druck der Öffentlichkeit oder die Sorge um den reibungslosen Ablauf der Fußballweltmeisterschaft geführt haben, sei dahingestellt. Außerdem bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen angesichts des Mangels an gut ausgebildeten Arbeitskräften wirksam sein werden.

HIV/Aids

Mit schätzungsweise 5,5 Millionen Infizierten ist Südafrika das Land mit der weltweit absolut höchsten Zahl HIV-positiver Menschen. 19% der sexuell aktiven Bevölkerung¹⁴ ist HIV-positiv. Jede dritte schwangere Frau trägt das Virus in sich.¹⁵ Insgesamt sind Frauen durch das erhöhte Ansteckungsrisiko stärker betroffen als Männer: Die Infektionsrate bei jungen Frauen liegt viermal höher als bei jungen Männern¹⁶. Ein Grund für die hohe Ansteckungsrate bei jungen Frauen ist geschlechterbasierte Gewalt, insbesondere Vergewaltigungen junger Frauen und Mädchen. Die Stiftung fördert aus diesem Grund Projektpartner, die mit Aufklärungskampagnen, Training und Beratung gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen und helfen wollen, die Stigmatisierung von Gewaltopfern abzubauen. Außerdem fördert die Stiftung in Zusammenarbeit mit der University of Western Cape die Vernetzung von Organisationen, die im Bereich HIV-Aids-Bekämpfung arbeiten mit solchen, die im Bereich Prävention von Gewalt aktiv sind. Denn trotz des offensichtlichen Zusammenhangs gibt es bisher wenig gemeinsame Projekte und Kampagnen, was z.T. auch mit der Herkunft und dem politischen Selbstverständnis einiger Organisationen zusammenhängt.

Die Aidspolitik der Regierung Mbeki ist lange dafür kritisiert worden, dass sie das Problem herunterspielt und medizinische Fakten in Frage gestellt hat. Die umstrittene Gesundheitsministerin

¹⁴ Die Bevölkerungsgruppe zwischen 15 und 49 Jahre.

¹⁵ Alle Zahlenangaben stammen von UNAIDS (vgl. http://www.unaids.org/en/Regions/Countries/Countries/south_africa) oder der südafrikanischen Regierung.

¹⁶ Auch bei der Zahl der Menschen, die an den Folgen von Aids sterben, sind laut UNAIDS Frauen in besonderem Maße betroffen – so hat sich die Sterberate von Frauen im zwischen 20 und 39 Jahren zwischen 1997 und 2004 verdreifacht.

Manto Tshabalala-Msimag hatte über Jahre eine gute Ernährung als beste Gegenmaßnahme bei einer HIV-Infektion propagiert und gleichzeitig die Einfuhr ausreichender anti-retroviraler Medikamente verhindert. Nur etwa 20% der Bedürftigen erhielten laut der „Treatment Action Campaign“, der größten südafrikanischen NGO im Bereich HIV-Aids, die lebensverlängernde Behandlung. Der Streit um die Aidspolitik der Regierung erreichte im August 2006 einen traurigen Höhepunkt, als der UNAIDS-Chef Stephen Lewis auf der Weltaidskonferenz in Toronto der südafrikanischen Gesundheitsministerin „geistesranke Nachlässigkeit“ vorwarf und Aktivisten den mit Gemüse geschmückten Stand der südafrikanischen Regierung stürmten. Nach der Toronto-Konferenz leitete Mbeki eine radikale Kurskorrektur seiner Aidspolitik ein.

HIV wurde zu einem Schwerpunktthema der Regierung erklärt und die Verantwortung zur Koordination der Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids wurde an die Vize-Präsidentin Phumzile Mlambo-Ngcuka übertragen. Im Dezember 2006 stellte die Regierung der Öffentlichkeit einen Aktionsplan vor, der vorsieht, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre 90% aller aidskranken Südafrikaner mit antiretroviralen Medikamenten versorgt werden sollen. Außerdem wird angestrebt, die Zahl der Neuinfektionen – zur Zeit rund 1.000 am Tag – in diesem Zeitraum um die Hälfte zu verringern. Diese Wende in der südafrikanischen Aidspolitik wurde weltweit begrüßt. Für viele Aidskranke kam sie einige Jahre zu spät.

Trotz der Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung in den oben beschriebenen Bereichen kann die Opposition von dieser Situation bisher nicht profitieren. Die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), konnte ihren Stimmenanteil bei den Kommunalwahlen im März 2006 lediglich um gute 2 Prozentpunkte verbessern und erreichte knapp 15%¹⁷. Ein Grund dafür ist, dass die DA nach wie vor als eine Partei wahrgenommen wird, die lediglich die Interessen der weißen Bevölkerungsminderheit vertritt. Allerdings hat im Mai 2007 ein Wechsel an der Parteispitze der DA stattgefunden. Der langjährige Oppositionsführer Toni Leon wurde von der Kapstädter Bürgermeisterin Helen Zille abgelöst, die während der Apartheitszeit als Journalistin dazu beigetragen hatte, Verbrechen des rassistischen Regimes aufzudecken. Es wird sich zeigen, ob es Zille gelingen wird, die Partei attraktiver für Teile der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu machen. Realistischerweise wird sie auf absehbare Zeit keine Chancen haben, eine echte Herausforderung für den ANC zu werden.

¹⁷ Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2004 hatte die DA 12,4% der Stimmen erhalten.

Andere Oppositionsparteien lagen bei den Wahlen noch weiter hinten. Die Inkatha-Freedom Party (IFP), deren Wählerbasis sich ganz überwiegend aus der ethnischen Gruppe der Zulu zusammensetzt, sackte auf rund 8% ab. Die Independent Democrats (ID), „drittgrößte“ Oppositionspartei, erreichten lediglich 2%. Trotz dieses geringen Stimmanteils hat die ID wegen ihrer prominenten Vorsitzenden Patricia De Lille eine relativ rege und gute Presse. Sie ist zudem die einzige Partei, die nicht überwiegend von einer bestimmten ethnischen Gruppe gewählt wird. Dennoch zeigen die Wahlen sehr deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung entweder den ANC wählt oder gar nicht wählt. So lag die Wahlbeteiligung 2006 bei niedrigen 48%. Die Folgen der Übermacht des ANC für die politische Kultur des Landes werden im nächsten Abschnitt diskutiert.

Die politische Kultur Südafrikas

Bei der Betrachtung der politischen Situation Südafrikas im Jahr 2007 muss man zu einem differenzierten Urteil gelangen. Auf der einen Seite ist Südafrika noch immer eine demokratische Erfolgsgeschichte: Mit regelmäßigen freien und fairen Wahlen, einem hohen Maß an politischen Freiheiten und weitgehend funktionsfähigen politischen Institutionen gehört das Land zu den wenigen Staaten Afrikas, die sich in einer demokratischen Konsolidierungsphase befinden. Dieses Bild wird allerdings durch verschiedene Entwicklungen getrübt. Die starke Dominanz der Regierungspartei ANC (neben der zwei Drittel Mehrheit im Parlament regiert der ANC inzwischen auch in allen 9 Provinzen des Landes), gekoppelt mit einem sehr hierarchischen Führungsstil der Parteispitze, schwächt die Kontrollfunktion des Parlaments, das damit nur ein sehr geringes Gegengewicht zur Regierung bildet.

Gleichzeitig reagiert die ANC-Führung zunehmend empfindlich auf Kritik – sowohl aus den eigenen Reihen als auch von Seiten der Medien. Ein Beispiel dafür ist der Rücktritt einer Reihe regierungskritischer Journalisten des staatlichen Senders SABC Anfang 2007, die damit gegen verstärkte politische Gängelung protestierten. Die schwache parteipolitische Opposition kann – wie oben dargestellt – kaum ein Gegengewicht zum ANC bilden. Obgleich eine Reihe anderer gesellschaftlicher Kräfte durchaus Kritik am ANC und seiner Politik üben, neben COSATU und der kommunistischen Partei insbesondere die Medien (vor allem private Zeitungen) sowie Teile der Zivilgesellschaft, haben die demokratische Diskussionskultur und der Meinungspluralismus, die den ANC in den ersten Jahren seiner Regierungszeit ausgezeichnet hat, deutlich abgenommen. Dieser zentralistische Regierungsstil hat in den Augen vieler dazu beigetragen, dass der ANC eine Reihe politischer Fehlentscheidungen getroffen oder zu spät auf gesellschaftliche

Probleme reagiert hat. Beispielhaft hierfür ist die oben beschriebene, jahrelang verfehlte Aids-Politik der Regierung.

Schließlich zeigen eine Reihe von Korruptionsfällen auf höchster politischer Ebene und die Begünstigung von ANC-Granden bei „Black Economic Empowerment Deals“ (z.B. bei der Politik der Vergabe von Unternehmensanteilen an vormalig benachteiligte Bevölkerungsgruppen), dass zuviel Machtfülle und ein Mangel an demokratischer Kontrolle auch in Südafrika schnell zu Machtmissbrauch führen können. Nicht zuletzt aber ist die funktionierende südafrikanische Justiz ein Garant dafür, dass Südafrika weit davon entfernt ist, wie viele andere afrikanische Länder ein Ort endemischer Korruption zu sein. Insgesamt leidet die politische Kultur Südafrikas – ein Erbe der Apartheidpolitik und des Befreiungskampfes – unter einem starken gegenseitigen Misstrauen und einem politischen Lagerdenken. Dies bezieht sich nicht nur auf die verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen sondern besteht auch zwischen Regierung und Opposition, privaten Medien und dem Staat, einheimischen und ausländischen Organisationen etc.

Außenpolitik, NEPAD und Peer Review Prozess

Südafrika hat auch im laufenden Jahr eine aktive Außenpolitik verfolgt und ist international als selbstbewusste „Stimme des Südens“ aufgetreten. Dadurch, dass das Land seit dem ersten Januar 2007 für zwei Jahre nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist, kann sich die Regierung noch prominenter für eine Stärkung des Multilateralismus und die Einbeziehung afrikanischer Perspektiven einsetzen. Dazu zählt auch die Unterstützung des Reformprozesses der Vereinten Nationen. Mit dem Mandat der AU (Afrikanische Union) ausgestattet, will sich Südafrika vor allem für die Erweiterung des UN-Sicherheitsrats um mindestens zwei ständige und fünf nicht-ständige Sitze einsetzen. Für den Fall der Erweiterung hat die Regierung die Kandidatur Südafrikas als ständiges Mitglied angekündigt.

Auf pan-afrikanischer Ebene spielt die NEPAD-Initiative¹⁸ weiterhin eine wichtige Rolle als Referenzrahmen der südafrikanischen Außenpolitik. So betonte Thabo Mbeki in zahlreichen außenpolitischen Reden und Papieren – zuletzt anlässlich des G8 Gipfels in Heiligendamm – die Bedeutung des NEPAD-Prozesses und der damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Re-

¹⁸ NEPAD (New Partnership for Africa's Development) ist eine Initiative afrikanischer Staaten, die 2001 ins Leben gerufen wurde und bei der Südafrika eine führende Rolle spielt. NEPAD betont die Eigenverantwortung, die der afrikanische Kontinent für die eigene Entwicklung trägt. Das NEPAD-Sekretariat sitzt in Midrand, Südafrika.

formen für die nachhaltige Entwicklung des Kontinents. Umso überraschender war es für die Öffentlichkeit, dass die Regierung Anfang 2007 den kritischen Bericht des südafrikanischen Teams für den „African Peer Review Mechanism (APRM)“ als „inkorrekt“ zurückgewiesen hat. Der APRM ist ein zentrales Instrument zur „guten Regierungsführung“ im Rahmen von NEPAD, der vorsieht, dass die NEPAD-Länder jeweils einen unabhängigen Bericht über das eigene Regierungshandeln, insbesondere die Entwicklungsorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, erstellen lassen und diesen dann den anderen NEPAD-Staaten zur Beurteilung vorlegen.

Der südafrikanische Bericht war von einer Gruppe angesehener Wissenschaftler und Forschungsinstitute Südafrikas unter der Leitung des bekannten nigerianischen Wirtschaftsprofessors Adebajo Adedeji verfasst worden. In dem Bericht, der unter großem Zeitdruck entstand, werden 15 Gefährdungen für die Stabilität Südafrikas aufgelistet, unter anderem die hohe Kriminalitätsrate und die Ausbreitung von HIV/Aids. Entgegen der Ankündigung, den Bericht auf dem Gipfel der AU in Addis Abeba im Februar vorzulegen, zog die Regierung ihn kurzfristig mit dem Argument zurück, dass es sich um eine unfertige Fassung gehandelt habe, die noch nachgebessert werden müsse. Eine von der Regierung überarbeitete Version wurde dann auf dem AU-Gipfel in Ghana Ende Juni vorgestellt, zusammen mit dem Aktionsplan, den die Regierung laut APRM-Vorgabe auf Grundlage des Reports verfasst hat.

Für die südafrikanische Öffentlichkeit ist der Bericht allerdings noch immer nicht zugänglich. Die zuständige Ministerin für den Öffentlichen Dienst, Geraldine Fraser-Moleketi, kündigte im Juli 2007 eine Veröffentlichung in den „nächsten sechs Monaten“ 19 an. Das Vorgehen der Regierung in dem APRM-Prozess, besonders die Tatsache, dass der Report bisher nicht veröffentlicht wurde, hat einen Aufschrei in der südafrikanischen Zivilgesellschaft und bei der Opposition verursacht. Ob der Umgang mit dem Bericht tatsächlich ein Beleg für die „Government’s reflexive inability to take criticism²⁰“ ist, wie Oppositionsführerin Helen Zille den Vorgang kommentierte oder nur eine ungeschickte Planungs- und Kommunikationsstrategie der Regierung, bleibt dahingestellt. Angesichts der erfolgreichen und transparenten Peer-Review-Prozesse in Ghana und Kenia hat die Mbeki-Regierung durch diesen Prozess jedoch auf jeden Fall an politischer Glaubwürdigkeit in Afrika verloren.

¹⁹ Vgl.: Peer Review of SA “not scathing”, in Cape Times, 4. Juli 2007

²⁰ Vgl. Mail&Guardian vom 18.05.07: “Zille not surprised by rejection of APRM report“

Eines der wichtigsten außenpolitischen Themen war der Umgang Südafrikas mit der sich zuspitzenden Krise im Nachbarland Simbabwe. Mbeki war von westlichen Geberländern wiederholt für seine zurückhaltende Simbabwe-Politik und den Ansatz der „stillen Diplomatie“ kritisiert worden. Dennoch wurde er im März 2007 von der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas (SADC) mit der Vermittlung zwischen Robert Mugabe und der Opposition beauftragt. Inwieweit diese Vermittlungsbemühungen zu einem Rückzug Mugabes und einem demokratischen Neuanfang in Simbabwe führen, ist bis Mitte des Jahres noch nicht abzusehen. Scheinbar wurden jedoch zumindest erste Erfolge erzielt. So kam es zu mehreren Begegnungen zwischen hochrangigen Vertretern der simbabwischen Regierungspartei ZANU-PF und der Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change) in Pretoria, bei der über die Vorbereitung der Wahlen in 2008 gesprochen wurde. Das MDC fordert faire Bedingungen für die Wahlen, da diese ansonsten von der Partei boykottiert würden. Angesichts der humanitär katastrophalen Lage in Simbabwe und der anhaltenden Verfolgung von Mitgliedern der Opposition haben einige politische Kommentatoren in Südafrika es allerdings als zynisch bezeichnet, dass Mbeki von „gut verlaufenden Gesprächen“ zwischen den Kontrahenten gesprochen hat.

Umweltpolitik

Mit seiner Umweltpolitik zeigt Südafrika, dass es die Bedrohungen, die durch nationale und globale Umweltprobleme hervorgerufen werden und die sich vor allem auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen auswirken, ernst nimmt. So sind in den letzten Jahren eine Reihe von Bestimmungen und Gesetzen verabschiedet worden, die die Schädigung der Umwelt durch die südafrikanische Industrie verringern sollen - etwa durch den „Air Quality Act“, der eine Verringerung der Belastung der Luft durch Emissionen bewirken soll. Dennoch ist für viele Umweltprobleme des Landes noch keine Lösung in Sicht. So bewirkt das Wirtschaftswachstum einen wachsenden Energiebedarf, der zu über 90 Prozent über Kohlekraftwerke und Atomenergie gedeckt wird. Umweltgruppen kritisieren, dass trotz der politischen Bekenntnisse der Regierung viel zu wenig in erneuerbare Energien investiert wird – obwohl Südafrika von Experten ein enormes Potential bescheinigt wird. Stattdessen wurde Anfang 2007 der Bau eines zweiten Atomkraftwerks beschlossen, dessen mittelbare und unmittelbare Folgekosten und Sicherheitsrisiken der Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern bisher kaum bekannt sind. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat daher mit ihrem Projektpartner „Earthlife Africa“ im Juni 2007

Umweltgruppen für eine Parlamentsanhörung zum Thema Nuklearenergie geschult und auf die Anhörung vorbereitet²¹.

Gleichzeitig nehmen in den Regionen Südafrikas, in denen vor allem Subsistenzwirtschaft betrieben wird, armutsbedingte Umweltschäden zu. Durch übermäßige Nutzung der Boden- und Wasserressourcen kommt es zu Erosion und Wüstenbildung. Diese Probleme werden durch globale Umweltprobleme wie den Klimawandel verschärft. So zeigt der letzte UN-Bericht des IPPC, dass vor allem das West- und Nordkap Südafrikas am meisten von einer globalen Erwärmung betroffen sein werden. Die Folgen dieser Erwärmung reichen von Ernteausfällen wegen Wassermangels bis zum Verlust der Artenvielfalt.

Als Resümee lässt sich festhalten, dass der politische „Honeymoon“ der post-1994-Ära Südafrikas endgültig vorbei ist. Obgleich die Gesamtentwicklung des Landes immer noch positiv ist, gibt es viele Bereiche in Politik und Wirtschaft, die von innen und außen zunehmend kritisch betrachtet werden. In welche Richtung sich Südafrika entwickeln wird, hängt entscheidend davon ab, wie sich der ANC in den kommenden Jahren entwickelt. Wird er zu einer typischen „Befreiungsbewegung an der Macht“ mit autokratischen Tendenzen oder setzt sich die demokratische Erfolgsgeschichte fort?

²¹ Die Anhörung, die 12 Stunden dauerte, wurde vom Parlamentskomitee für Umweltschutz und Tourismus organisiert. Außerdem nahmen Abgeordnete des Komitees für Wissenschaft und Technologie teil. Von den rund 50 Teilnehmern aus der Öffentlichkeit haben 24 an einem zweitägigen Trainingsworkshop zur Vorbereitung der Anhörung bei der hbs in Kapstadt teilgenommen. Neben Umweltorganisationen nahmen auch Arbeiter eines südafrikanischen Versuchsreaktors an dem Training und der Anhörung teil, die unter Gesundheitsschäden in Folge einer erhöhten Strahlenbelastung leiden. Die Abgeordneten beschlossen als ein Ergebnis der Anhörung, existierende Reaktoren und betroffene Gemeinden zu besuchen, um sich ein besseres Bild von den Sicherheitsrisiken der südafrikanischen Nuklearenergie zu machen. Protokolle zu der Anhörung können unter [Nuclear Energy Impact in South Africa: Public hearings](#) as of 20 Jun 2007 eingesehen werden.

3. Länderbericht Simbabwe

„Of course he (opposition leader Morgan Tsvangirai) was bashed. He deserved it.... I told the police to beat him a lot. He and his MDC must stop their terrorist activities. We are saying to him, „stop it now or you will regret it“²².

Präsident Robert Mugabe auf einer ZANU-PF Veranstaltung am 29. März 2007

Die politische und wirtschaftliche Situation in Simbabwe haben sich inzwischen so zugespitzt, dass das Land regelmäßig traurige Rekorde aufstellt. Simbabwe hat die höchste Inflationsrate der Welt (Mitte 2007 nach offiziellen Angaben 3.700 Prozent, von unabhängigen Experten geschätzte 20.000 Prozent - bis zum Jahresende wird mit einer Inflationsrate von über einer Million Prozent gerechnet), die größte Zahl an Flüchtlingen eines Landes, das sich nicht im Krieg befindet (jede Woche werden alleine 4.000 illegale simbabwische Flüchtlinge von Südafrika wieder nach Simbabwe deportiert), und ist die weltweit am schnellsten schrumpfende Volkswirtschaft.

Obwohl Robert Mugabe und sein Apparat das Land scheinbar fest im Griff haben, beginnt die wirtschaftliche Krise eine zunehmende Bedrohung für seinen Machterhalt zu werden. Angesichts der Knappheit an fast allem, was für das blanke Überleben notwendig ist - Nahrungsmittel, Medikamente, Energie - schwindet laut Insidermeinungen die Loyalität gegenüber dem Präsidenten selbst im Führungszirkel der Regierungspartei ZANU-PF (Zimbabwe African National Union -Partiotic Front). Der Präsident stärkt immer mehr die Rolle des Militärs – wohl auch aus Sorge vor Konkurrenz aus den eigenen Reihen. So werden zunehmend ehemalige Militärs als Führungspersonen in Ministerien eingesetzt und bei politischen Entscheidungen wird häufig der „Zimbabwe National Security Council“ einbezogen, dessen Mitglieder viele derzeitige und ehemalige Militärs sind. Dies zeigt, dass Mugabe mit dem Rücken zur Wand steht – aber obwohl viele Beobachter von einem baldigen Kollaps des Regimes ausgehen, kann niemand den genauen Zeitpunkt voraussagen. Der Druck von außen auf das Regime von Seiten der EU und der USA ist zwar relativ hoch, aber die Nachbarländer – allen voran Südafrika – versuchen, wie oben beschrieben, lediglich in „stiller Diplomatie“ Mugabe von seinem „hardliner“-Kurs abzubringen und dringend notwendige Reformen einzuleiten.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die humanitäre Lage sind enorm. Ein Drittel der Bevölkerung ist auf Lebensmit-

²² Zit. nach: Human Rights Watch: Bashing Dissent: Escalating Violence and State Repression in Zimbabwe, Vol 19, No 6 (A), S. 1

telhilfe angewiesen. Die Lebenserwartung, die 1990 bei 60 Jahren lag, ist auf 39 Jahre gefallen. Immer mehr Simbabwer versuchen das Land zu verlassen. Schätzungen gehen davon aus, dass heute ca. 4 Millionen Simbabwer im Ausland leben – die meisten davon in Südafrika. Die Abwanderung hat erhebliche Folgen für das soziale Gefüge der simbabwischen Gesellschaft, vor allem für die Geschlechterbeziehungen, da mehrheitlich Männer abwandern, während Frauen und Kinder zurückbleiben. Frauen sind damit alleine für die Versorgung der Familien verantwortlich, was ihnen angesichts der schlechten Wirtschaftslage immer schwerer gelingt. Inzwischen emigrieren wegen der aussichtslosen Lage allerdings auch zunehmend Frauen, so dass in vielen Haushalten nur Alte und Kinder zurückbleiben.

Obwohl es im Land immer wieder zu politischen Protesten gegen die Regierung kommt, kann die Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change) hiervon bisher nicht in vollem Umfang profitieren. Die Bewegung ist weiterhin gespalten und es mangelt an einer von allen akzeptierten Führungspersonlichkeit. Der radikalere Flügel des MDC unterstützt den langjährigen Parteiführer Morgan Tsvangirai, der 1999 zu den Mitbegründern der Partei zählte. Tsvangirai kommt aus der Gewerkschaftsbewegung und wird demzufolge stark von dem Gewerkschaftsdachverband ZCTU (Zimbabwe Congress of Trade Unions) unterstützt. Außerdem hat dieser Flügel viele Anhänger in der Hauptstadt Harare und Umgebung. Bei den Senatswahlen im November 2005 hatte Tsvangirai wegen unfairer Wettbewerbsbedingungen zum Boykott aufgerufen.

Der andere, gemäßigte Flügel wird von Arthur Mutambara angeführt und hat an den Wahlen teilgenommen. Dieser Flügel hat bisher über Oppositionspolitik im Parlament versucht, Reformen zu erzwingen. Der Mutambara-Flügel hat eine Hochburg in der Zweitgrößten Stadt des Landes, Bulawayo. Die beiden Hochburgen der jeweiligen MDC-Flügel in Harare und Bulawayo zeigen, dass auch ethnische Identitäten bei der Spaltung des MDC eine Rolle spielen²³. Die Popularität Tsvangirais innerhalb der Partei und bei der Bevölkerung ist nach Aussagen von Landeskeennern allerdings erheblich gestiegen, nachdem er im März 2007 von simbabwischen Sicherheitskräften zusammengeschlagen und schwer verletzt wurde.

Die politische Verfolgung der Opposition und die Verhaftung beider Parteiführer nach einer Demonstration soll außerdem zu einer

²³ Die größte ethnische Minderheit Zimbabwes, die Nbedele, lebt mehrheitlich in Bulawayo und Umgebung.

Annäherung der beiden Flügel geführt haben. Dennoch setzen viele Beobachter eher auf einen Regimewechsel durch gemäßigte Kräfte innerhalb der Regierungspartei ZANU-PF als durch die Opposition. Die Präsidentschaftswahlen im März 2008 könnten für beide Seiten die Chance eines Neuanfangs bieten. Für das MDC wäre die Aussicht von freien und fairen Wahlen ein Anlass, sich wieder zu einer Partei zusammenzuschließen um vereint gegen die ZANU-PF anzutreten. Für die ZANU-PF wären die Wahlen ein Anlass, über einen politischen Liberalisierungskurs und neue Allianzen für die Zeit nach Mugabe nachzudenken.

Die Menschenrechtslage in Simbabwe

Die bereits schlechte Menschenrechtslage in Simbabwe hat sich seit Februar 2007 weiter verschlechtert. Nachdem beide Fraktionen des MDC öffentlich ihre Wahlkampagne für 2008 vorgestellt hatten, verhängte die Polizei am 21. Februar ein dreimonatiges Verbot für öffentliche politische Veranstaltungen, mit dem Argument, damit Gewaltausbrüche verhindern zu wollen. Nach dem „Public Order and Security Act“ (POSA) hat die simbabwische Polizei weitreichende Vollmachten zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit. Die Opposition bezeichnete dieses Versammlungsverbot sowie Ausgangssperren in zahlreichen Stadtteilen als den Versuch, einen Ausnahmezustand auszurufen, und wertete es als Beleg dafür, wie sehr die Regierung in Panik geraten sei ²⁴.

Trotz des Verbots, gegen das die Opposition und die Zivilgesellschaft gerichtlich vorgingen, wurden weiter Demonstrationen abgehalten. Am 11. März kam es anlässlich einer Veranstaltung, die als Gebetstreffen angekündigt war, zum Eklat. Die Veranstaltung war von der „Save Zimbabwe Campaign“, einer Koalition aus zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Gruppen, zusammen mit dem MDC organisiert worden. Das Treffen, an dem Hunderte Anhänger der Opposition teilnahmen, wurde noch vor dem eigentlichen Start von der Polizei gewaltsam aufgelöst. 50 Mitglieder des MDC und zivilgesellschaftliche Aktivistinnen wurden verhaftet und in Polizeigewahrsam schwer misshandelt. Die Bilder von Morgan Tsvangirai mit schweren Kopfverletzungen gingen um die ganze Welt.

Während Tsvangirai jedoch nach wenigen Tagen frei gelassen wurde, sitzen noch immer Hunderte politische Gefangene ohne Anklage in Simbabwes Gefängnissen. Viele von ihnen werden misshandelt, unter ihnen auch Frauen mit kleinen Kindern. So wurden im Juni 2007 Teilnehmerinnen eines Protestmarschs der Frauenrechtsorganisation „Women of Zimbabwe Arise“ in Bulawayo verhaftet und im Gefängnis misshandelt. Neben den Miss-

²⁴ The Guardian, 22.02.2007

handlungen durch die Polizei leiden alle Gefangenen auch unter extrem schlechten hygienischen Bedingungen in den überfüllten Gefängnissen und der schlechten Versorgung mit Nahrungsmitteln. Viele Insassen müssen regelrecht hungern und die Todesfälle in Folge von Mangelernährung haben seit Jahresbeginn dramatisch zugenommen²⁵. Außerdem führt die Polizei regelmäßig Razzien in Simbabwe dicht bevölkerten Slumsiedlungen durch, bei denen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wahllos Menschen verprügelt werden. Durch die Polizeiaktionen der letzten Monate hat sich das Klima der Angst so weit verschärft, dass viele Menschen sich auch ohne Ausgangssperre nicht mehr trauen, nach Einbruch der Dunkelheit ihre Häuser zu verlassen.

Pressezensur und Verfolgung von Journalisten

Obwohl die Verfassung Simbawes Presse- und Meinungsfreiheit garantiert, ist eine unabhängige Medienberichterstattung wegen der Verfolgung und Gängelung von Journalisten und Verlegern schon lange nicht mehr möglich. Die Organisation „Reporters Without Borders“ beschreibt den Zustand der Medien folgendermaßen: „Keeping absolute control over the news, whatever the cost, is an obvious obsession of Zimbabwean president Robert Mugabe“²⁶. Die Pressefreiheit wurde seit der Verabschiedung des drakonischen „Access to Information and Protection of Privacy Act“ (AIPP) im Jahr 2002 Schritt für Schritt eingeschränkt. Nach diesem Gesetz müssen sich alle Journalisten und Medienhäuser bei der von der Regierung kontrollierten „Media and Information Commission“ (MIC) registrieren lassen.

Die Kommission wird von einem alten Weggefährten Mugabes aus Zeiten des Befreiungskampfes, Tafataona Mahosa, geleitet. Sie hat seither für die Schließung aller privaten Tageszeitungen Simbawes gesorgt. Von dem in den 80er und 90er Jahren breiten Presseangebot sind Mitte 2007 nur noch drei wöchentlich erscheinende private Zeitungen mit geringer Auflage übrig geblieben: der „Standard“, der „Zimbabwe Independent“ und die „Financial Gazette“. Da Lizenzen für Zeitungen und Akkreditierungen von Journalisten jährlich erneuert werden müssen, kann die MIC auf die wenigen im Land verbliebenen Journalisten erheblichen Druck ausüben. Anfang 2006 wurde die Akkreditierung von Journalisten des „Zimbabwe Independent“ so lange zurück gehalten, bis eine „Korrektur“ eines kritischen Artikels veröffentlicht worden war. Dass neben den Fällen direkter staatlicher Zensur Journalisten auch zunehmend Selbstzensur ausüben, ist angesichts des Strafrechts sehr

²⁵ Vgl. IRIN Africa: 10.05.2007

²⁶ Vgl. Reporters Without Borders: Zimbabwe Media - Annual Report 2007, www.zimbabwejournalists.com

verständlich. Verschiedene Gesetze stellen die Verbreitung von „falschen Informationen“ und „Beleidigung des Präsidenten“ unter Strafe, eine Reform des Strafrechts aus dem Jahr 2005 hat das Strafmaß für Verstöße gegen diese Gesetze auf bis zu 20 Jahre angehoben.

In dieser Situation bleibt das Radio die Hauptinformationsquelle für die Mehrheit der Simbawer. Obwohl es nur noch staatliche Radiosender in Simbabwe gibt, die von Vertretern der Zivilgesellschaft als „Propagandaorgane“ bezeichnet werden, machen einige Radiosender von der technischen Möglichkeit Gebrauch, vom Ausland aus nach Simbabwe zu senden. Dazu zählt auch der bekannte Projektpartner der Stiftung, der Radiosender „Voice of the People“. Der Sender, der von Holland aus sendet, hatte seine Programme bis Mitte 2006 in Simbabwe produziert. Seit Anfang 2007 wurde jedoch auch die Produktion der Sendungen ins Ausland verlegt, da die Lage für einige Mitarbeiter zu gefährlich geworden war. Der Sender produziert seither von Kapstadt aus und wird von dem südafrikanischen Sender „Bush Radio“ logistisch unterstützt²⁷.

Für alle vom Ausland sendenden Medien wird es zunehmend schwieriger, ihr Zielpublikum zu erreichen, da die simbawischen Behörden immer bessere Techniken entwickeln, um Übertragungen zu stören. Die simbawische Regierung erhält für diese technischen Störungen – z.T. ist statt des eigentlichen Programms Musik zu hören - sowie für die Überwachung von privaten e-mails und Telefongesprächen Unterstützung aus China²⁸. Dennoch bleiben Radio und Internet die letzten Quellen für unabhängige Informationen. Trotz erheblicher Gebühren von Internetcafes und ständiger Stromausfälle haben nach Angaben der amerikanischen Organisation „Freedom House“ im Jahr 2006 rund 10% der Bevölkerung Simbawes das Internet als Informationsmedium genutzt. Das ist eine der höchsten Raten in ganz Subsahara-Afrika²⁹. Ein Licht-

²⁷ Im Jahr 2005 waren die Büroräume des Senders durchsucht und Produktionsgeräte beschlagnahmt worden. Drei Mitarbeiter von VOP wurden außerdem vorübergehend verhaftet. 2006 wurden 6 Mitglieder des „board of trustees“ von VOP wegen Sendens ohne Lizenz angeklagt. Die Anklage wurde allerdings im September 2006 fallen gelassen. Dennoch ist die Situation für einige der Mitarbeiter des Senders zur Zeit zu gefährlich, um weiter in Simbabwe zu produzieren.

²⁸ Vgl. Freedom House: Freedom of the Press 2007: Draft Country Report Zimbabwe, Mai 2007

²⁹ Das erklärt auch die sehr hohen Zugriffsraten bei dem Projektpartner der Stiftung, „ZimOnline“, auf dessen elektronische Artikel über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Simbabwe durchschnittlich 65.000 Menschen pro Tag zugreifen. Nach Schätzungen von „ZimOnline“ stammen davon 30-40% von Internetnutzern in Simbabwe.

blick in der ansonsten desolaten Situation der simbabwischen Medien, der daran erinnert, dass das Land einmal ein Rechtsstaat war, ist die zunehmend selbstbewusste Rolle, die einige Gerichte des Landes spielen. Immer häufiger heben einzelne Richter Anordnungen der MIC auf und erklären Urteile gegen Journalisten für ungültig. Leider setzt sich der Staat über Urteile der Gerichte zunehmend hinweg. So wurde die Lizenz für die Zeitung „The Daily News“, die 2003 entzogen worden war, trotz anders lautendem Gerichtsurteil noch immer nicht erteilt.

Angesichts der dramatischen Lage in Simbabwe, bleibt für viele nur die Hoffnung, dass der 83 Jahre alte Mugabe nicht mehr lange Regierungschef bleiben wird. Bisher hält er allerdings an seiner erneuten Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr fest. Prominente politische Beobachter, wie Desmond Tutu, plädieren inzwischen für ein „gesichtswahrendes“ Angebot für Mugabe, damit dieser sich bereit erklärt, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen.

4. Länderbericht Namibia

Die aktuelle politische Entwicklung Namibias ähnelt in vielerlei Hinsicht der seines großen Nachbarn Südafrika. Auch in Namibia spielt in diesem Jahr eine Nachfolgedebatte eine wichtige Rolle in der innenpolitischen Entwicklung. Allerdings geht es in diesem Fall zunächst „nur“ um den nächsten Parteipräsidenten der regierenden SWAPO (South West Africa People's Organisation), der auf dem nächsten Parteikongress im November gewählt wird. Innerhalb der SWAPO ist ein Machtkampf um die Frage entbrannt, ob Amtsinhaber Sam Nujoma, langjähriger Staatspräsident Namibias, ein weiteres Mal als Parteipräsident antritt oder ob er den Vorsitz an den jetzigen Staatspräsidenten Hifikepunye Pohamba abgibt. Die Machtfülle, die der Altpräsident Nujoma durch die Parteiführung noch immer hat, schwächt in den Augen vieler den neuen Staatspräsidenten. So ist es ein offenes Geheimnis, dass Pohamba sich beispielsweise von einer Reihe ineffektiver Minister³⁰ in seinem Kabinett bisher nicht getrennt hat, weil diese von Nujoma protegert werden.

Während sich in Teilen der Partei Widerstand gegen Nujoma und seinen als undemokratisch und intransparent kritisierten Führungsstil regt, rührt eine Fraktion aus Nujoma-Anhängern bereits die Werbetrommel für seine Wiederwahl. Einige Anhänger Nujomas gehen so weit, dass sie kritische Debatten in der Öffentlichkeit über Nujoma unterbinden wollen. Als im Mai 2007 ein Skandal über angebliche Verbindungen des ehemaligen Staatschefs zur CIA während des Befreiungskampfes hohe Wellen geschlagen hatte und dies in Radiotalkshows thematisiert wurde, forderten Nujomaanhänger, dass alle Radioprogramme, die „Beleidigungen“ Nujomas zuließen, geschlossen werden sollten.

Tatsächlich wurden am 3. Mai, ironischerweise der Tag der Pressefreiheit, zwei beliebte Radiosendungen, in denen Zuhörer den Skandal kommentiert und Aufklärung gefordert hatten, aus dem Programm genommen. Der Informationsminister nahm persönlich dazu Stellung, bezeichnete die Radiosender als unverantwortlich und betonte, dass die Unterbindung der Show notwendig gewesen sei, um die Demokratie zu verteidigen³¹. Dieser Schritt hat zu einem Aufschrei der Öffentlichkeit geführt, besonders in ländlichen

³⁰ Minister wie Albert Kawana, Marco Hausiko, Jerry Ekandjo oder Peter Tsheehama bekommen in der namibischen Presse extrem „schlechte Noten“ und gelten als überfordert und ineffektiv (vgl. z.B. Insight Namibia, März 2007). Vgl. auch Africa Confidential, Vol. 48, No 12, June 2007

³¹ Vgl.: John Grobler: Nujoma's bid for party power divides Namibians, in: Mail&Guardian, 20. Mai 2007

Gegenden Nordnamibias, wo die Radiosendungen deswegen so beliebt sind, weil sie oft der einzige Weg für die Menschen sind, sich politisch Gehör zu verschaffen. Drei Tage später wurden die Shows wieder gesendet, angeblich auf direkte Anordnung des Staatspräsidenten Pohamba.

Falls sich auf dem SWAPO-Kongress die Nujoma-Fraktion nicht durchsetzen kann und Pohamba als neuer Parteiführer gewählt werden sollte, rückt die Frage in den Vordergrund, wer neuer Parteivize wird. Denn die zweite Person an der Parteispitze gilt als prädestiniert, als nächster Präsidentschaftskandidat der SWAPO Nachfolger Pohambas zu werden.

Unangefochten: Die Regierungspartei SWAPO

Namibia ist, wie Südafrika, ein straff zentralistisch geführtes „one-party dominant-system“. Die Regierungspartei SWAPO ist seit der Unabhängigkeit 1990 ununterbrochen an der Macht, geleitet von Landesvater Sam Nujoma. Bei den letzten Wahlen im Jahr 2004 erreichte die SWAPO 75% der Stimmen, die größte Oppositionspartei, der Congress of Democrats, hingegen lediglich 7,2 %. Noch stärker als in Südafrika führt die Dominanz der regierenden Partei zu einer Schwächung der Kontrollfunktion des Parlaments, da die Partei extrem hierarchisch organisiert ist und die Abgeordneten zu 50% gleichzeitig Regierungsmitglieder sind.

Kritiker der Nujoma-Ära weisen zudem darauf hin, dass in den 15 Jahren seiner Amtszeit viele Menschen nicht aufgrund ihrer Qualifikationen sondern wegen der Loyalität zur Regierungspartei berufen worden seien und dass Korruption und Nepotismus extrem zugenommen hätten³². Bereits 1999 führte der bekannte namibische Autor Joseph Diescho dazu aus: „The political leadership awards buddies for silence and loyalty and does not recognize merit and skills“³³. Ein Beleg für das Missmanagement der Regierung und nachgeordneter Stellen ist die Abnahme der Qualität des Gesundheitssystems und des Bildungssystems (über 50% der Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss). Eine Studie des namibischen „Legal Assistance Centre“ (2006) hat ergeben, dass die Mehrheit der Namibier die eigene Lage heute schlechter bewertet als vor der Unabhängigkeit. Dies ist angesichts des Rohstoffbooms, von dem Namibia in den letzten Jahren profitiert hat, für die Regierung nur schwer zu vermitteln.

Seit der Amtsübernahme des neuen Präsidenten Hifikepunye Pohamba vor zwei Jahren sind allerdings einige positive Entwicklungen zu beobachten. Die Regierung hat den Kampf gegen die Korruption ganz oben auf die Agenda gesetzt und stellt bei Berufungen jetzt stärker Leistungskriterien in den Vordergrund. Kritiker der Regierung genießen heute mehr Freiräume als unter Nujoma, der für seine verbalen Attacken gegen regierungskritische Medien und zivilgesellschaftliche Gruppen bekannt war³⁴. So schrieb das Freedom House 2005: „Private radio stations and critical independent newspapers usually operate without official interference, but reporters for state-run media have been subjected to indirect and direct pressure to avoid reporting on controversial topics“ (Freedom House 2005: Freedom in The World: Namibia). Trotz des liberaleren Tons der neuen Regierungsspitze leiden bestimmte gesellschaftliche Gruppen nach wie vor unter Diskriminierung. Besonders Homosexuelle werden sowohl von Seiten des politischen Establishments als auch innerhalb der Gesellschaft verbal angegriffen und herabgesetzt.

Die Opposition ist ungeachtet der offensichtlichen Defizite der Regierung schwächer als je zuvor. Die größte Oppositionspartei, der CoD, ist Mitte des Jahres durch Streitigkeiten um Manipulationen bei Vorstandswahlen mehr mit sich selbst beschäftigt als damit, Alternativen zur Politik der regierenden SWAPO aufzuzeigen. Der CoD galt in den ersten Jahren nach seiner Gründung 1999 für viele als demokratischer Hoffnungsträger Namibias. Gegründet von dem ehemaligen SWAPO-Mitglied und Botschafter Namibias in Großbritannien, Ben Ulenga, war der CoD die erste Oppositionspartei, der Chancen eingeräumt wurden, von Teilen der größten ethnischen Gruppe des Landes, den Ovambo, gewählt zu werden. Ulenga, zusammen mit der charismatischen Nora Shimming-Chase, kritisierte den Mangel an innerparteilicher Demokratie in der SWAPO und trat für eine Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung ein.

Bei vielen Intellektuellen wurde die Partei schnell populär, weil sie die Verfassungsänderung, die Nujoma 1999 eine dritte Amtszeit ermöglicht hatte, aufs schärfste kritisiert hat. Die Wahlen von 2004, bei denen der CoD gut zwei Prozent weniger Stimmen erreichte als 1999, haben jedoch gezeigt, dass es der Partei nicht gelungen ist, eine breite Basis bei der ländlichen Bevölkerung Nordnamibias aufzubauen. Sie sind eine Partei geblieben, die lediglich

³² Vgl. z.B. Gwen Lister: Corruption Notebook, in: Global Integrity Report, The Center for Public Integrity, 2006

³³ Zit nach Gwen Lister, ebenda

³⁴ Es hat jedoch in Namibia seit der Unabhängigkeit keine politische Verfolgung von Journalisten gegeben, neben verbalen Attacken und Drohungen, dass die Regierung nicht mehr in der größten Tageszeitung, „The Namibian“ inserieren werde, wurde die Pressefreiheit stets respektiert.

von Teilen der schwarzen Mittelschicht gewählt wird. Zweitstärkste Oppositionspartei ist die DTA (Demokratische Turnhallen Allianz), die bereits in der Apartheitszeit existierte. Die DTA hat bei den letzten Wahlen nur 5% der Stimmen erhalten. Sie hat sich von der Abspaltung einer eigenen „Herero-Partei“, der NUDO (National Unity Democratic Organisation), bisher nicht erholt. Die ethnische Minderheit der Herero bildete bis 2003 die größte Wählergruppe der DTA. Die NUDO wird von dem Herero-Chief Kuaima Riruako geführt und erreichte bei den Wahlen 4% der Stimmen.

Die soziale Situation Namibias

Auch die massiven sozialen Probleme, unter denen die namibische Bevölkerung leidet, ähneln denen Südafrikas. Im Gegensatz zu dem mächtigen Nachbarland, in dem zumindest in vielen Bereichen in den letzten Jahren gewisse Verbesserungen erzielt worden sind (z.B. Arbeitslosigkeit), gibt es in Namibia bei den größten sozialen Problemen bisher keine positive Trendwende. Laut dem Bericht über menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) leben 35 Prozent der rund zwei Millionen Namibier von weniger als einem US-Dollar pro Tag, knapp 66 Prozent von weniger als zwei US-Dollar (2005). Nach der Statistik des namibischen Arbeits- und Sozialministeriums beträgt die Arbeitslosenquote 36,7% (2006), was einem Anstieg um 3 Prozent seit der letzten Erhebung im Jahr 2000 entspricht. In den namibischen Städten beträgt die Arbeitslosigkeit sogar über 60 Prozent – und davon sind vor allem junge Menschen betroffen³⁵.

Ein großes soziales und humanitäres Problem ist – wie in der gesamten SADC Region – die Ausbreitung von HIV/Aids. Auch hier gibt es entgegen den Erwartungen der namibischen Regierung keine positive Trendwende. So zeigen die Zahlen, die die namibische Regierung im April 2007 veröffentlicht hat, dass die HIV/Aids Infektionsrate seit der letzten Untersuchung im Jahr 2004 geringfügig zugenommen hat und bei knapp 20 Prozent liegt³⁶. Die Untersuchung zeigt außerdem, dass die Zahl der HIV-Infektionen besonders in ländlichen Gebieten und bei älteren Altersgruppen Namibias gestiegen ist. Nach Ansicht des Magazins „Insight Namibia“ ist dies ein Zeichen für einen falschen Ansatz in der Präventionspolitik, die, zu großen Teilen von den USA finanziert, zu moralistisch sei und den Wunsch vieler HIV-Positiver, Kinder zu haben, ignoriere: „The abstain, be faithful, condomise (ABC) mantra behind many of Namibia’s HIV-prevention initiatives over-

³⁵ Vgl. IRIN News, 15.06.2006, www.irinnews.org

³⁶ Vgl. „Still playing catch up“, in: Insight Namibia, S. 27, Mai 2007

looks the desire (...) of many HIV-positive people to have children“ (Insight Namibia, May 2007: 29).

Ein weiterer Grund für die hohe Infektionsrate ist jedoch die große Anzahl von Vorfällen geschlechterbasierter Gewalt. Die Organisation „Legal Assistance Center“ veröffentlichte im Juni 2007 die Studie „Rape in Namibia“, nach der sich die Zahl der Vergewaltigungen, die pro Jahr zur Anzeige gebracht werden, zwischen 1991 und 2005 verdoppelt hat. Zwei Drittel aller Vergewaltigungsoffer kannten den Täter, in 25% der Fälle waren die Vergewaltiger Familienmitglieder oder der eigene Partner. Wenngleich der Anstieg der Zahl der zur Anzeige gebrachten Vergewaltigungen auch darin begründet liegt, dass die Anzahl der Polizeistationen in Namibia nach der Unabhängigkeit erhöht wurde und daher gerade in ländlichen Gebieten heute eher die Möglichkeit besteht, Anzeige zu erstatten, zeigt die Zahl³⁷ nichtsdestotrotz, dass geschlechterbasierte Gewalt und Gewalt gegen Kinder ein massives Problem in Namibia ist.

Zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnen die hohe Anzahl an vergewaltigten Kindern als „nationalen Notstand“. Die Projektpartnerin der Stiftung und Leiterin der Organisation Sister Namibia, Liz Frank, begründet die hohe Gewaltbereitschaft namibischer Männer zum einen mit den eigenen Gewalterfahrungen, die diese während des bewaffneten Befreiungskampfes und im Apartheidssystem machen mussten. Zum anderen spielen Frustrationen vieler Männer seit Erlangung der Unabhängigkeit eine große Rolle: „Women usually have tasks like bringing food daily on the table for the family, looking after the sick, but unemployed men have a lot of frustrations in them as well as young males like school drop outs. Taking “possession” of the body of a women or a girl during a rape act, creates a sense of power and being in charge“ (Liz Frank in: IRINNEWS, 4. Juni 2007)³⁸.

Uranexport und Umweltprobleme

Ein Grund für das Wirtschaftswachstum Namibias, das für die Jahre 2006 und 2007 schätzungsweise bei jeweils 4,5% liegen wird³⁹,

³⁷ In Namibia werden pro 100.000 Einwohner 60 Vergewaltigungen pro Jahr zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher.

³⁸ Das von der Stiftung finanzierte Magazin „Sister Namibia“ versucht, die gesellschaftliche Stellung von Frauen in Namibia zu verbessern, indem es das Selbstbewusstsein von Frauen erhöht, über die rechtliche Lage von Frauen und ökonomische Hintergründe aufklärt und politische Forderungen von Frauen formuliert.

³⁹ Vgl. IMF: World Economic Outlook, September 2006

sind die gestiegenen Preise für die Bodenschätze des Landes. Neben Diamanten ist Uran ein zunehmend wichtiges Exportprodukt. Der Grund dafür ist die weltweite Renaissance der Atomenergie - China alleine plant den Bau von 27 neuen Atomreaktoren bis 2020. Der Preis von Uran, der über 10 Jahre lang bei rund 10 US\$ pro Pfund lag, ist in den letzten zwei Jahren nach oben geschneit und lag im April 2007 bei rund 100 US\$ das Pfund. Eine Folge davon sind erhebliche Investitionen in Namibias Uransektor.

Die seit 1976 bestehende Rössing-Mine in der Nähe von Swakopmund, die aufgrund von Verlusten eigentlich 2003 schließen sollte, wird nun nach Angaben des Managements bis 2016 produzieren, mit deutlich erhöhter Kapazität. Nach zahlreichen Entlassungen wurden im laufenden Jahr zum ersten Mal seit Jahren wieder neue Arbeiter eingestellt. Eine australische Firma wird im Laufe des Jahres in der Nähe der Rössing-Mine die weltweit erste neue Uranmine seit 15 Jahren eröffnen, unter dem Namen „Langer Heinrich“. Drei weitere neue Minen sind in Planung, kanadische, russische und britische Firmen sind interessierte Investoren.

Der zunehmende Uranabbau in Namibia ist aus verschiedenen Gründen aus Sicht von Umweltschützern höchst problematisch: Neben der radiologischen Belastung und der Flächenzerstörung (die Rössing-Mine befindet sich inmitten des Nationalparks Namib Naukluft mit einzigartiger Flora und Fauna) verbraucht der Uranabbau große Mengen der immer knapper werdenden Wasservorräte des Landes. Die neue Mine „Langer Heinrich“ wird nach Angaben ihrer Betreiber ca. eine Million Kubikmeter Wasser pro Jahr verbrauchen - das hieße eine Zunahme des Wasserverbrauchs um 15% in einer Gegend, die bereits jetzt unter Wasserknappheit leidet. Angesichts der Tatsache, dass die Knappheit an Wasser wegen geringer Niederschläge einer der wichtigsten limitierenden Faktoren für die Entwicklung und die Nahrungssicherheit Namibias ist, ist es in den Augen von Umweltschützern nicht zu verantworten, weitere Minenprojekte in Namibia zu genehmigen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die politischen Liberalisierungen und der Kampf gegen die Korruption der neuen Regierung Anlass zu der Hoffnung geben, dass die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der sozialen Lage der Namibier zukünftig mehr Erfolg haben werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die autokratischen und nepotistischen Tendenzen des „Systems Nujoma“ innerhalb der SWAPO weiterhin abgebaut werden.

Ausblick

Die drei Länder Südafrika, Namibia und Simbabwe haben viele historische Gemeinsamkeiten. In allen Ländern regieren ehemalige Befreiungsbewegungen, die durch einen erfolgreichen bewaffneten Kampf gegen ein weißes Unrechtsregime an die Macht gekommen sind. Die Auswirkungen dieses Erbes auf die politische Kultur sind in allen Ländern zu spüren, wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Südafrika hat sich mit seiner Versöhnungspolitik und einer der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt am weitesten vom militärischen Denken des bewaffneten Kampfes entfernt.

Doch auch hier existieren gewisse Verhaltensmuster innerhalb der Führungselite des Landes, die mehr an die Tradition einer hierarchisch und geheim organisierten Befreiungsbewegung erinnern, als an die einer Volkspartei oder „broad church“, wie der ANC sich selbst gerne bezeichnet. Die Schwierigkeiten der ANC-Führung, mit Kritik offen umzugehen, die mangelnde innerparteiliche Demokratie, das große Misstrauen gegenüber anderen politischen Denkrichtungen sind Beispiele dafür. Die weitere Entwicklung Südafrikas wird entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, diesen Teil des politischen Erbes des Landes zu überwinden.

Die Chancen dafür stehen momentan nicht schlecht. Da die jüngsten positiven Wachstumszahlen der Wirtschaft es der Regierung ermöglichen, mit höheren Ausgaben gegen die strukturelle Ungleichheit in der Gesellschaft vorzugehen, wird die Unterstützung des ANC hoch bleiben und vielleicht sogar die Zufriedenheit mit dem „Output“ der Regierung wieder wachsen - womit die Notwendigkeit abnimmt, alte Feindbilder zu mobilisieren. Viel wird jedoch davon abhängen, wer den ANC künftig leitet und damit entscheidend Einfluss ausüben kann auf die auf die Transformation der Partei und der Gesellschaft.

In Simbabwe ist für die Mugabe-Clique der Befreiungskampf noch nicht zu Ende. Mugabe versucht noch immer, mit anti-britischen Parolen Unterstützung zu mobilisieren und erklärt das Versagen seiner Politik mit dem Einfluss des Westens. Allerdings nehmen ihm diese Begründung immer weniger Menschen ab. Diese Befreiungsbewegung hat sich in ein Unterdrückungsregime verwandelt und steht mit dem Rücken zur Wand. Ob Mugabe im Sinne dieser Logik nur durch einen gewaltsamen Putsch entmachtet werden kann oder ob die ZANU-PF doch noch die Zeichen der Zeit erkennt und einen verhandelten Übergang einleitet, bleibt abzuwarten.

In Namibia ist durch das Abtreten des Freiheitskämpfers Nujoma ein großer Schritt in Richtung Konsolidierung der Demokratie getan worden. Für die weitere Entwicklung des Landes wird auch

hier entscheidend sein, inwieweit sich die reformorientierten und demokratischen Kräfte des Landes weiterhin durchsetzen können. Dies wird der Parteikongress der SWAPO im November zeigen.